

Nr. 18/1271

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2012
(Drucksache [18/588](#))
2. Genehmigungsverfahren im Baurecht verkürzen
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
vom 15. Mai 2014
(Drucksache [18/1398](#))
3. Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode vom 10. Juli 2012
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache [18/1699](#))
4. Werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bremen ausreichend versorgt?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Februar 2015
(Drucksache [18/1731](#))
5. Was genau hat die Bürgerschaft mit der Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die Landesverfassung eigentlich beschlossen?
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2015
(Drucksache [18/1740](#))
6. Digitale Souveränität Bremens
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. Februar 2015
(Drucksache [18/1753](#))

Nr. 18/1272

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Vertagen, vernebeln, verrechnen – Rot-Grüne Haushaltspolitik gescheitert“.

Nr. 18/1273

Konsensliste – Neufassung

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 17. März 2015

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Auf Homophobie entschlossen reagieren
Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2015
(Drucksache [18/1738](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
2. Bremen braucht ein Wohnungsaufsichtsgesetz als wirksames Instrument gegen Immobilienverfall und Überbelegung – Bremisches Wohnungsaufsichtsgesetz (BremWAG)
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Februar 2015
(Drucksache [18/1735](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
3. Bremisches Kommunalunternehmensgesetz (BremKuG)
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 12. Februar 2015
(Neufassung der Drucksache 18/1733 vom 10. Februar 2015)
(Drucksache [18/1741](#))
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
4. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 35 vom 26. Februar 2015
(Drucksache [18/1763](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
5. 19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (19. KEF-Bericht)
Mitteilung des Senats vom 1. April 2014
(Drucksache [18/1343](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
6. Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (19. KEF-Bericht)
Mitteilung des Senats vom 1. April 2014 (Drs. 18/1343)
vom 3. März 2015
(Drucksache [18/1765](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.
7. Gesetz zur Änderung bremischer Kommunalsteuergesetze
Mitteilung des Senats vom 10. März 2015
(Drucksache [18/1776](#))
1. Lesung
2. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/1274

Sozialwohnungsbau und Miethöhen im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramm 2012/2013

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Januar 2015
(Drucksache [18/1708](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2015

(Drucksache [18/1761](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1275

Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten einführen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 21. Januar 2015

(Drucksache [18/1715](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1276

„Soziale Stadt“ ressortübergreifend weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 21. Oktober 2014

(Drucksache [18/1597](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

vom 17. Februar 2015

(Drucksache [18/1746](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im dritten Quartal 2015 ein Konzept zur Weiterentwicklung der integrierten Stadtentwicklung im Zusammenwirken der Ressorts für Bau, Umwelt und Verkehr, für Bildung, für Soziales, für Gesundheit, für Kultur sowie für Sport aus Mitteln der Städtebauförderung vorzulegen und dabei zu prüfen,

1. wie die guten Erfahrungen mit der Kooperation zwischen Stadtentwicklung und Bildung, z. B. mit dem Projekt „Lernen vor Ort“, auch in die anderen genannten Politikfelder übertragen und künftig zusätzlich insbesondere auch für die Bereiche Sport und Kultur produktiv nutzbar gemacht werden können.
2. wie die genannten Ressorts im Rahmen von Projekten der Städtebauförderung regelmäßig bereits konzeptionell und planerisch mit ihren Projekten und Zuständigkeiten an Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung beteiligt werden und dazu dort entsprechende Kenntnisse und Ressourcen für Projektentwicklungs- und Bauabläufe aufgebaut bzw. delegiert werden können.
3. ob und wie die bremischen Gesellschaften zur Wirtschaftsförderung und Immobilien-/Liegenschaftsverwaltung, die Zwischennutzungsagentur (ZZZ), die Denkmalpflege sowie weitere Träger, insbesondere der Bereiche Soziales, Kultur und Sport, an Projekten der Städtebauförderung beteiligt werden können und sollten.
4. wie fachliche, politische und ressortübergreifende Abläufe so synchronisiert werden können, dass allein aufgrund der Beteiligung mehrerer Ressorts und Abteilungen oder aufgrund unterschiedlicher Projektentwicklungsabläufe möglichst keine Verzögerungen in der Projektumsetzung und im Mittelabruf entstehen.
5. wie dazu fach- und ressortspezifische Besonderheiten und Zuständigkeiten für Planungs-, Bau- und Beteiligungsmaßnahmen definiert werden können und gegebenenfalls neu geschaffen oder gebündelt werden sollten.
6. ob und gegebenenfalls wie Bremen von Bundesmitteln profitieren könnte, die per Vorabzug (vor Verteilung der Mittel auf die Bundesländer) für Projekte in besonders von Armutszuwanderung betroffenen Kommunen und „national bedeutsame“ städtebauliche Maßnahmen zur Verfügung stehen sollen.

Nr. 18/1277

Wie geht Bremen mit Menschen mit Demenz um?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2014
(Drucksache [18/1668](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2015

(Drucksache [18/1720](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1278

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Dezember 2014
(Drucksache [18/1685](#))
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. März 2015

(Drucksache [18/1787](#))

u n d

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. März 2015

(Drucksache [18/1791](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drs. 18/1787) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag (Drs. 18/1791) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1279

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes

Bericht der staatlichen Deputation für Bildung
vom 23. Februar 2015
(Drucksache [18/1757](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Bildung Kenntnis.

Nr. 18/1280

Änderung des Jugendgerichtsgesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Dezember 2014
(Drucksache [18/1656](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/1281

Gastschulgeldvereinbarung zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen neu und angemessen gestalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Dezember 2014
(Drucksache [18/1675](#))

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. März 2015**

(Drucksache [18/1793](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die seit dem 1. Januar 1995 bestehende „Vereinbarung der Gegenseitigkeit des Besuchs öffentlicher Schulen zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen“ mit dem Bundesland Niedersachsen so zu verhandeln, dass sie sich angemessen an den gegenwärtigen und realen Kosten orientiert, zwischenzeitliche qualitative schulische Veränderungen berücksichtigt und für zukünftige Entwicklungen eine Dynamik auf der Grundlage der Schülerzahlentwicklung und der sogenannten Gesamtausgaben je Schülerin/Schüler (alle Schularten) umfasst.

Nr. 18/1282

Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2015

(Drucksache [18/1716](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/1283

Bremisches Klimaschutz- und Energiegesetz (BremKEG)

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 2015

(Drucksache [18/1737](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1284

Gesetz zur Behandlungseinleitung bei Infektionen mit übertragbaren Krankheiten durch Dritte (BremBlüKDG)

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 18. Februar 2015

(Neufassung der Drucksache [18/1734](#) vom 10. Februar 2015)

(Drucksache [18/1755](#))

2. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU
und DIE LINKE
vom 17. März 2015**

(Drucksache [18/1788](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 18/1285

Bremisches Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes (BremAGBMG)

Mitteilung des Senats vom 3. März 2015

(Drucksache [18/1767](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/1286

Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in den ZDF-Fernsehrat

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 10. März 2015

(Drucksache [18/1775](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich gemeinsam mit anderen Ländern in den abschließenden Gesprächen zum 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag dafür einzusetzen, dass der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – LSVD e. V. ein selbstständiges Entsenderecht in den Fernsehrat des ZDF erhält.

Nr. 18/1287

Gesetz zur Entfristung bildungsrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 10. März 2015

(Drucksache [18/1777](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/1288

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes

Mitteilung des Senats vom 10. März 2015

(Drucksache [18/1778](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/1289

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 17. März 2015

(Drucksache [18/1790](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

